

M.) an Schlegel verurtheilt worden, sowie auch in einer vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gekommenen Privatklagsache unterlegener Theil gewesen sein soll. Mittags trafen beide Herren am vorerwähnten Orte zusammen, Herr v. d. Marwitz hatte an einem Tische, Herr Schlegel an einem Fenster Platz genommen, und im Beisein des Kaufmanns Herrn Kurzreiter, welcher ahnungslos in einer Zeitung las, erfolgte ohne irgend welchen Wortwechsel die Katastrophe. Herrn v. d. Marwitz mag beim Anblick seines Gegners die Erbitterung überwältigt haben und so schoß er Herrn Schlegel seitwärts von hinten derart in den Kopf, daß die Kugel hinter dem rechten Ohre eindrang und der Tod sofort erfolgt sein muß. Ehe irgendetwas geschehen konnte, erfolgten zwei andere Schüsse, welche sich der Mörder in den Kopf jagte und dadurch auch seinem Leben ein Ende machte. Die Schreckenskunde verbreitete sich in der Stadt mit Blitzesschnelle und eine zahlreiche Menschenmenge bewegte sich noch lange auf dem Marktplatz vor dem Gasthose. Die beiden Leichname wurden vorläufig nach dem Kreiskrankenhause überführt. Herr v. d. Marwitz stand bereits im 81. Lebensjahre, war als ein zwar kerniger, aber guter Charakter beliebt und ist auch vielen Dresdnern noch als Erbauer des Hotel Koeffliger in Erinnerung. Herr Schlegel stand in der Mitte der 50er Jahre. Letzterem geht allerdings der Vorwurf voraus, seinen Gegner durch jahrelange fortgesetzte Herausforderungen zur höchsten Erbitterung gereizt zu haben. (Dr. N.)

— Greiz. Da die Fabrikanten den ihnen von dem Arbeitercomitee aufgestellten Lohn tarif nicht angenommen haben, so sind Donnerstag früh die ersten Arbeitseinstellungen erfolgt. Es wird dem Unternehmen nach gestreift in den Fabriken Schilbach, Ernst Arnold, Frisch & Golden, Braun & Cremer, Büttner, W. H. Arnold jun., Schulz & Comp., Arnold & Söhne, S. Knüpfer und Malz & Dietel. Es wird von 19 Fabriken gesprochen, in denen gestreift wird. Einige Fabrikanten sollen den von dem Arbeitercomitee aufgestellten Lohn tarif angenommen haben, so auch die große Fabrik von Weber & Feustel. Viele Arbeiter durchziehen in kleineren Trupps wie bei dem ersten Streik die Straßen. Dabei herrscht die größte Ruhe.

Deutschland. Der Bundesrath hat am Montag nach mehrmonatlicher Pause seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen, was für unsere inneren Angelegenheiten den Beginn einer arbeitsreicheren Zeit, im Gegensatz zu der sommerlichen Stille, bedeutet. Dem Bundesrath sind während seiner langen Vertagung zahlreiche Eingaben zugegangen, mit deren Erledigung er sich zunächst beschäftigen dürfte. Unter denselben sind besonders diejenigen für oder gegen die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher, sowie die Eingaben um Einführung einheitlicher Postwerthzeichen hervorzuheben. Indessen ist, wie die „Nat. Ztg.“ hervorhebt, in beiden Angelegenheiten für jetzt schwerlich etwas Positives zu erwarten. Bezüglich der obligatorischen Arbeitsbücher beharren mehrere größere Regierungen, wie Preußen und Württemberg, auf ihrem ablehnenden Standpunkte, obwohl Bayern und Sachsen die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher befürworten. Was die Eingabe von 52 Handelskammern um Einführung einheitlicher Postwerthzeichen für das ganze Reich anbelangt, so ist auch in dieser Frage eine befriedigende Lösung noch nicht so bald zu hoffen und haben die jüngsten Verhandlungen des Beirathes der württembergischen Verkehrsanstalten gezeigt, daß Württemberg nicht daran denkt, seine postalische Sonderstellung aufzugeben und von Bayern ist dasselbe vorauszusetzen.

Der Kaiser hat durch eine Ordre an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Dr. Achenbach, die Genehmigung zur Einführung des Prinzen Wilhelm von Preußen in den Civilstaatsdienst erteilt. Indem Prinz Wilhelm sich mit der Civilverwaltung vertraut macht, folgt er nur den im preussischen Königshause treu bewährten Ueberlieferungen, die schon von der Zeit datiren, in welcher Friedrich der Große als Kronprinz bei der Regierung in Küstrin beschäftigt war.

Kommenden Donnerstag, den 19. October, finden in Preußen die Wahlen der Urwähler statt, welche ihrerseits nach acht Tagen die Abgeordneten zum Landtage zu wählen haben. Mit begreiflicher Spannung sieht man dem Ausgange des Wahlkampfes entgegen, denn für die liberale Partei handelt es sich diesmal darum, nicht nur ihre den Liberalen während der letzten Landtagsmandate abgerungenen Mandate, sondern auch seine Anzahl Wahlkreise zu behaupten, welche früher vorzugsweise conservativ wählten, die aber jetzt ebenfalls von den Liberalen bedrängt werden. Die Ultramontanen kommen bei diesem Kampfe zwischen den Conservativen und Liberalen weniger in Betracht, da das Centrum sowohl im Reichstage als auch im preussischen Landtage seinen festen Besitzstand hat; doch haben in verschiedenen Wahlkreisen die Ultramontanen den Ausschlag zu geben, was immerhin in Betracht zu ziehen ist.

Der Congreß der Nimetallisten, also der Anhänger der Doppelwährung, welcher vergangene Woche in Köln stattfand, hat eine Resolution einstimmig angenommen, welche verschiedene bemerkenswerthe Forderungen enthält. So befürwortet der Congreß die Einziehung alles Goldes und Papierses in Deutschland unter dem Werthe von 10 Mark, sowie die Sistirung der weiteren Silberverkäufe in Deutschland. Weiter haben die Reichstagsabgeordneten, die am Congresse theilnahmen, beschlossen, einen Gesetzentwurf einzubringen, daß vollwichtige Zweimarkstücke ausgeprägt und die vorhandenen Thalerstücke beibehalten werden. Letzteres ist allerdings dringend zu

wünschen, denn die Thaler sind für den gewöhnlichen Verkehr geradezu unentbehrlich.

Oesterreich-Ungarn. So oft man auch seine Blicke nach Oesterreich wenden mag — stets begegnet man dem Nationalitäten- und Sprachenstreit in irgend welcher Form. Selbstverständlich handelt es sich hierbei fast stets um Angriffe gegen das Deutschthum und ein solcher ging letzthin auf dem Kärnthener Landtage von slovenischer Seite aus. Professor Einspieler bekämpfte bei der Verhandlung über den Landeserschulfonds die neue (deutsche) Schule im Bezirk Vietring, mit welcher die slovenische Bevölkerung unzufrieden sei. Der Bürgermeister von Vietring, Abg. Seebacher, wies jedoch diesen Angriff entschieden zurück, indem er darlegte, daß die slovenische Bevölkerung mit der bestehenden Einrichtung der Schule einverstanden sei, weil die deutsche Sprache sich für die windische Bevölkerung als nothwendig erweise. Die Deputirten Uhl und Luggen wiesen die Behauptungen Einspielers gleichfalls zurück und der Landespräsident hob hervor, daß auch der Regierung nichts von Klagen der slovenischen Bevölkerung bekannt sei; die Regierung werde wie bisher trachten, den nationalen Frieden zu erhalten.

Die deutschen Stadtverordneten von Prag haben ihre Mandate niedergelegt, wahrscheinlich infolge der Antrittsrede des neuen (czechischen) Prager Bürgermeisters, Dr. Czerny.

Frankreich. Aus Frankreich lagen in dieser Woche keine bemerkenswerthen Ereignisse vor. Die leitenden Pariser Blätter polemisiren fortwährend sehr lebhaft über die Absichten Englands bezüglich Egyptens und sprechen hierbei ziemlich offen ihr Mißtrauen aus. Namentlich hat die Nachricht, daß England weitere 100,000 Suez-Actien angekauft habe, in der französischen Presse lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. In den Pariser Regierungskreisen faßt man jedoch die ganze Angelegenheit kühler auf und bezweifelt vorläufig überhaupt die erwähnte Nachricht.

England. In England folgen sich jetzt die außerparlamentarischen Ministerreden Schlag auf Schlag. Erst vor einigen Tagen hielt der Präsident des Local Government Board, Dodson, in Scarborough eine Rede über die englische Politik in Egypten und ihm folgte kurz darauf der Secretair des Schatzamtes, Courtney, in Torpoint mit einer Rede über dasselbe Thema. Jetzt haben der Earl of Northbrook, erster Lord der Admiralität, und der Generalpostmeister Fawcett auf einem Banquet zu Liverpool wieder Reden über denselben Gegenstand gehalten und alle diese Reden bestätigen die Annahme, daß die englische Regierung nicht daran denke, Egypten zu annektiren oder zu regieren. Doch beansprucht England, wie Northbrook in Liverpool hervorhob, die freie Einfahrt britischer Kriegsschiffe in den Suez-Canal, in Friedens- wie in Kriegszeiten, ohne eine exclusive Gewalt über den Suez-Canal anstreben zu wollen. Weiter betonte Northbrook, daß die Großmächte vollständiges Vertrauen zu der künftigen Haltung Englands in den ägyptischen Angelegenheiten hätten. Wenn die Aeußerungen der englischen Cabinetmitglieder den wahren Absichten Englands entsprechen, so erscheint dieses Vertrauen vollkommen gerechtfertigt.

Schweiz. In der Schweiz sind plötzlich auf Befehl des Bundesrathes die so flott im Gange befindlichen Werbungen für die ägyptische Gensdarmarie eingestellt worden. Es ist noch nicht bekannt, was den Bundesrath zu dieser Maßnahme bewogen hat; jedenfalls aber müssen diese Werbungen etwas Verlegendes für das Nationalgefühl eines so freien Volkes, wie es die Schweizer sind, haben.

Italien. Für Italien bildet die Rede, welche der Ministerpräsident Depretis am 8. October vor seinen Wählern in Stradella gehalten hat, eine wichtige politische Kundgebung. Depretis führte seinen Landsleuten die mannigfachen Errungenschaften vor, welche Italien seinem gegenwärtigen Ministerium verdankt und dieser Hinweis wird wohl auch nicht verfehlen, auf die Wähler zu Gunsten der Regierung und hiermit der liberalen Partei Eindruck zu machen. — Der italienischen Polizei ist ein wichtiger Fang gelungen. Wie erinnerlich, hatte der wegen des verjuchten Bombenattentates von den österreichischen Behörden verhaftete Wilhelm Oberdank einen Complicen, dem es aber gelang, nach Italien zu entkommen. Dieser ist nun von der Polizei in der Person des zu Prato (Toskana) wohnhaften Apothekers Demetrio Rogasa ermittelt und verhaftet worden. Die vorgenommene Haussuchung soll das Vorhandensein eines vollständigen Laboratoriums für die Anfertigung von Sprenggeschossen constatirt haben. Rogasa, ein geborener Florentiner, ist bereits nach Abine transportirt worden und erwartet man seine Auslieferung an Oesterreich, da der gegen Rogasa von den österreichischen Polizeibehörden erlassene Steckbrief auf Hochverrath und verjuchten Mordmord lautet.

Dänemark. Im dänischen Reichstag hat, nachdem er kaum erst zusammengetreten ist, zwischen der Regierung und der Linken bereits wieder der alte Zwist begonnen. Sämmtliche Gruppen der Linken und sogar der gemäßigten Rechten nahmen in der Sitzung vom 13. October eine Resolution an, in welcher der Regierung die Befugniß abgesprochen wird, das Verbot der Einfuhr von Hornvieh aus Schweden aufrecht zu erhalten. Wenn schon in einem verhältnismäßig so unbedeutenden Gegenstande zwischen der Regierung und der Volksvertretung Differenzen entstehen, so erscheint ein gedeihliches Ergebnis der Reichstagsession in Dänemark fast unmöglich.

Bulgarien. Die zwischen Serbien und seinem bulgarischen